

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Fritz Kunkel
Druck- u. Verlags-Anstalt
u. Verlagsbuchhandlung
H. A. Auer
Rosa, Erzgebirge
Kriegsstraße
Juni 1921

Preis: Durch unsere Bahn bei uns monatlich 2.00 Mark, bei der Poststelle abgeholt monatlich 2.50 Mark. Bei den Poststellen 3.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unser Zeitungswort und Anzeigebetrieb, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

№. 147.

Montag, den 27. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie das Prager Tageblatt meldet, ist der deutsch-polnische Handelsvertrag unterzeichnet worden.

Wie Matin mitteilt, hat Briand im Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten gestern erklärt, die nächste Sitzung des Obersten Rates finde in Paris statt.

Wie Chicago Tribune mitteilt, begibt sich Marshall nach Amerika.

Nach einer Meldung aus Detroit hat der dort tagende Kongress der sozialistischen Partei Amerikas mit 84 gegen 4 Stimmen den Anschluss an die 3. Internationale abgelehnt.

Die Entthronung Europas.

Die Wunden, die der Weltkrieg dem europäischen Kontinent geschlagen hat, werden auch in Jahrzehnten noch nicht vernarbt sein. Die Sieger tragen ja ihre Teil dazu bei, die frisch vernarbten Wunden immer wieder neu aufzureißen, so daß das Blut stets aufs neue fließt, auch wenn das Blut auf den Schlachtfeldern zu fließen aufgehört hat. Die europäischen Staaten haben gegeneinander, und noch ist der Zeitpunkt nicht erkennbar, der Europa endlich den Frieden bringt. Währenddessen aber vollzieht sich eine Verschiebung der politischen Schwerkichte, Europa wird von seinem Thron gestoßen, das Schicksal der Welt entscheidet sich für die nächsten Jahrzehnte, auch wenn die Mächte es selbst glauben, nicht in London, Rom und Paris, sondern neue Situationen sind entstanden, neue weltpolitische Zusammenhänge haben sich gebildet und von diesen Zusammenhängen ist Europa mehr oder weniger unabhängig. Das Schicksal der Welt wird sich entscheiden, ohne den entscheidenden Einfluß Europas. Diese Tatsache ist auf der britischen Reichskonferenz ja zum Ausdruck gekommen, und der General Smuts hat es offen ausgesprochen: Europa leidet jetzt an Erschöpfung. Es ist nicht mehr der wichtigste Schauplatz der großen Politik. Dieser ist jetzt in fernem Osten und am Stillen Ozean gelegen. Die Politik im Stillen Ozean ist in den nächsten fünfzig Jahren die Politik der Welt. Der große Akt in welthistorischen Drama, der sich dort abspielen wird, darf nicht nach den gleichen Prinzipien abrollen, wie sein Vorgänger in Europa. — Das britische Imperium ist noch am ersten in der Lage, mit zu entscheiden, was wird, und die Vertreter der Dominions haben ein Bündnis des großen Britenreiches mit Amerika empfohlen, aber auch ein Bündnis mit Japan. Gelingt die neue Bündnispolitik, so ist Englands Stellung gesichert. Es ist ferner von den amerikanisch-japanischen Gegensätzen die Rede. Diese Gegensätze bestehen, es bestehen aber auch die Notwendigkeiten dafür, daß diese beiden großen Länder aufeinander angewiesen sind. Was uns angeht, so können wir nichts anderes als die Rolle des Zuschauers spielen. Wer etwa Hoffnungen auf neue Kriege, die zwischen den nun entscheidenden Ländern ausbrechen sollten, haben sollte, der wird sicherlich Enttäuschungen erleben, und selbst solche neuen Kriege würden für uns keinerlei Vorteile bringen. Wir sind die Besetzten und würden auch, wie solche Kriege ausfallen würden, fürs erste die Besetzten bleiben und hätten nur die Nachteile derjenigen zu tragen, die in den Kriegen der Zukunft besiegt werden sollten. Für Europa und für die Länder, die nun entscheidend geworden sind, ist eine Friedenspolitik das einzig Mögliche, wenn die Welt wieder besseren Tagen entgegengeführt werden soll.

Die langlebigen Kriegsgesellschaften.

Es ist merkwürdig, wie zahlreich die Kriegsgesellschaften sind. Immer und immer wieder erheben sich lebhaft Stimmen für ihre Beilegung, und diese Forderung nimmt allmählich den Ton des Ernstens an, daß der Prozess der Auflösung und Liquidierung dieser Kriegsgesellschaften solange Zeit in Anspruch nimmt. Am Sonnabend hat z. B. der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Quack Beschwerde darüber geäußert, nicht nur daß die Kriegsgesellschaften solange aktiv weitergearbeitet haben, sondern auch darüber, daß die Liquidierung stellenweise sehr interessante Formen annimmt. Der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete fragte den Reichswirtschaftsminister Schmidt u. a., ob es wahr sei, daß 800 000 Millionen der Treuhand-Gesellschaft in die Form einer Privatgesellschaft übergeführt worden seien. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Geschäftsabrechnung der Kriegsgesellschaften vom Reichstag nicht kontrolliert werden können. Diese Vorwürfe riefen den Reichswirtschaftsminister in Person auf den Plan, der zunächst feststellte, daß bekanntlich eine Kontrollstelle von Reichswegen besteht, die das Geschäftsgebahren der Kriegsgesellschaften zusammen mit dem Rechnungshof des Deutschen Reiches überprüfe. Der Minister war weiter auch der Ansicht, daß die Kriegsgesellschaften nichts zu verheimlichen hätten, ihre Bilanzen ganz kaufmännisch aufgemacht und

dem Reichstag vorgelegt haben. Das mag alles so sein, ohne daß doch die öffentliche Meinung davon irgendwie besonders befriedigt und beruhigt wäre. Der genannte deutsch-volksparteiliche Abgeordnete bestand darauf, daß die Öffentlichkeit eine Gesamtschau über die Mittel erhalten müsse, die das Reich in den Kriegsgesellschaften stecken habe und vor allem darüber, wie diese Mittel Verwendung gefunden haben und weiter finden. Ganz abgesehen davon, wird aber im Anschluß an diese Debatte von neuem der Wunsch rege, daß dergleichen Erörterungen binnen möglichst kurzer Frist überhaupt überflüssig werden, indem die Auflösung der Gesellschaften rascher vor sich geht, als das bisher der Fall war. Man muß beinahe wünschen, daß den Herren, die in den Gesellschaften tätig sind, in beschleunigtem Maße andere Wirkungskreise eröffnet werden, weil das sicher die Auflösung rascher herbeiführen würde. Abgesehen von der Reichsgetreidekasse, die ja vorläufig noch nötig ist, verachtet die deutsche Bevölkerung auf die Fortdauer des beruhigenden Geschäftes, das immer noch Kriegsgesellschaften für sein Wohl wirken. Die Möglichkeiten öffentliche Gelder zu verbrauchen, sind auch sonst zahlreich genug, als daß zu diesem Behuf auch noch die Lebensdauer der Kriegsgesellschaften verlängert werden dürfte.

Die Auflösung des Selbstschutzes.

Amliche Meldung.

Zum 31. Mai d. J. hat, wie bekanntgegeben, die Reichsregierung der Interalliierten Militärkontrollkommission die bis zu diesem Zeitpunkt erforderliche Hilfe der auszulösenden Selbstschutzorganisationen überreicht. Mit Rücksicht auf den am 30. Juni bevorstehenden Ablauf der im Ultimatum für die Auflösung angelegten Frist hat die Reichsregierung nunmehr die formellen Bekanntmachungen über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Ost- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisationen Eschertch erlassen. Von der amtlichen Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab, die Montag im Reichsgeheißblatt erfolgt, sind die Organisationen aufgelöst. Ihre Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar.

Die entscheidende Wendung in der Frage der Auflösung ist bekanntlich dadurch eingetreten, daß, während der Friedensvertrag von Selbstschutzorganisationen nicht spricht, das Ultimatum vom 8. Mai d. J. in Verbindung mit der Pariser Note vom 29. Januar Deutschland auch die Auflösung der Selbstschutzorganisationen auferlegt und die Bestimmungen des Friedensvertrages in diesem für Deutschland ungünstigen Sinn interpretiert. Die Reichsregierung war durch die Annahme des Ultimatus gezwungen, diese Interpretation zu übernehmen und auch ihrerseits diese von ihr früher bekämpfte Auslegung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrags anzunehmen.

Zunächst für die Auflösungsüberlegung auf Grund der Artikel 177, 178 sind nach dem Gesetz vom 22. März 1921 die Landesregierungen und, wenn diese von der Auflösung absehen, die Reichsregierung. Die beteiligten Landesregierungen haben es zum Teil vorgezogen, die Verfügung der Reichsregierung zu überlassen, wollen jedoch selbstständig, getreu der Verfassung und in Anerkennung der Zwangslage der Reichsregierung, dieser Verfügung Rechnung tragen. Die Reichsregierung richtet nunmehr an alle Beteiligten die dringende Aufforderung, auch ihrerseits sich mit Rücksicht auf die Zwangslage in die gegebene Notwendigkeit im vaterländischen Interesse zu fügen.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen.

Die Bekanntmachungen des Reichskanzlers über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen haben folgenden Wortlaut:

1. Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177—178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die in der Provinz Ostpreußen noch bestehenden Ost- und Grenzwehren für aufgelöst erklärt. Alle Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

2. Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177—178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 hiermit die Organisationen Eschertch innerhalb des Deutschen Reiches für aufgelöst erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

3. Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177—178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Einwohnerwehren innerhalb des Freistaates Bayern für aufgelöst erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

Korfantys letzter Kriegsrat.

Ueberraschende Beschlüsse.

Von hervorragender Seite wird folgende Nachricht aus Oberschlesien übermittelte: Durch Indiskretion eines hohen polnischen Offiziers ist in eingeweihten Kreisen das Protokoll des letzten polnischen Kriegsrates in Oberschlesien bekannt geworden. Der Kriegsrat fand in Bielitz statt, dem militärischen Oberkommando der Insurgentenarmee unter dem Vorsitz des augenblicklichen Oberbefehlshaber, Warwas statt. Es waren sowohl Korfanty wie eine Anzahl polnischer Generalsstabsoffiziere anwesend. Gegenstand des Kriegsrates waren die Verhandlungen zwischen Henniher und Höfer über die Räumungsfrage. Als von einer Seite geäußert wurde, die Engländer setzten den Polen in den Rücken gefallen, unterbrach Korfanty den Redner und erklärte laut, daß hiervon keine Rede sein könne; er sei glücklich, daß die Engländer gekommen seien und den deutschen Selbstschutz aufrechterhalten hätten. Es hätte keine drei Tage mehr gedauert, bis der letzte Pol aus Oberschlesien hätte abziehen müssen. Als darauf ein Mitglied des Kriegsrates der Meinung Ausdruck gab, in diesem Falle hätte Polen an Deutschland offiziell den Krieg erklären müssen, erhob sich ein höherer polnischer Generalsstabsoffizier und warnte die Anwesenden vor einem jeglichen derartigen Wenteuer, denn selbst die gesamte reguläre polnische Armee sei dem wohldisziplinierten Häuflein Reichswehr nicht gewachsen; das sei keine und anderer Sachverständigen Meinung. Zur Ueberraschung aller Anwesenden bestätigte Korfanty die Angaben des polnischen Generalsstabsoffiziers, gab aber im Anschluß daran gleich bekannt, daß man sich zwar zurückziehen müsse; es wäre aber genügend erreicht, denn wie ihm von Berond versprochen worden sei, käme für die polnischen Insurgenten eine Entwaffnung in keinem Fall in Betracht, sondern nur ein Zurückziehen. Es sei aber sicher, daß neben einem großen Entgegenkommen in Verwaltungsfragen vor allem Dingen das militärische Gehirn der großen Bewegung intakt bleiben werde, um, im Falle, daß Polens Wünsche nicht voll befriedigt würden, unter Aufbietung aller Kräfte der polnischen Nation die neue Erhebung zu leiten und glücklich zu Ende zu führen.

Die Gleiwitzer Stadtverordnetenversammlung faßte eine Entschlieung, in der es heißt: Noch immer sind die oberschlesischen Städte von allem Personen- und Güterverkehr abgeschnitten. Schon jetzt sind Tausende von Arbeitern arbeitslos. Die Gefahr einer gänzlichen Arbeitslosigkeit rückt in die nächste Nähe. Erneut fordert daher die Stadtverordnetenversammlung dringend von allen Regierungen, daß sie von den interalliierten Mächten mit allen Mitteln verlangen, die Säuberung des oberschlesischen Landes durchzuführen.

Oberschlesien verloren!

Der Unfall Englands. — Auch die Sanktionen bleiben bestehen.

Im Verlaufe seiner Ausführungen am Sonnabend vor dem Kammerausschuss für Auswärtiges gab Briand zwei bedeutsame Mitteilungen ab. Er erklärte, daß die im Einvernehmen mit den Alliierten beschlossenen Sanktionen zur Durchführung des Versailler Vertrages aufrechterhalten bleiben und daß die von den französischen Truppen besetzten Gebiete nicht geräumt werden würden. Was Oberschlesien betrifft, so bestätigte er seine Mitteilung vor dem Senatsausschuss, daß der englische Standpunkt sich dem französischen annähert und daß auch die italienische Regierung der französischen Ansicht zustimme. Briand drückte die Hoffnung aus, daß die Teilung Oberschlesiens gemäß dem Versailler Vertrag erfolgen werde und daß die Industriegebiete Polen zufallen werden. Auch die Vereinigten Staaten würden dem französischen Standpunkt zustimmen.

Deutscher Reichstag.

Die Sitzung am Sonnabend nahm nicht einmal zwei Stunden in Anspruch. Man hatte bereits sehr früh, um 12 Uhr, begonnen, um die Nachmittagsruhe nicht zu versäumen, und es wäre ja auch wirklich unangebracht, Fleisch zu markieren, wenn jedermann weiß, daß außer einigen Interpellationen wesentliches Material nicht mehr vorhanden ist. Zunächst wurde das Gesetz zur Sicherung der Schutzrechte der Deutschen im Ausland an den Ausschuss verwiesen und der Entwurf über die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof gleich in dritter Lesung angenommen. Dergleichen wurde die Vorlage über die Ausgabe von Schuldscheinen zur Ausführung der Reparation verabschiedet. Bei der zweiten Lesung des Nachtrags des Reichswirtschaftsministeriums erlitt die Regierung sogar unterblehens eine kleine Niederlage. Sie hatte die Ersetzung der Erhöhung der Reichsstaatskasse für die Messe in Frankfurt, Breslau und Stuttgart durchgesetzt. Als aber Dr. Esserich den Antrag stellte, die im Ausschuss beschlossene Petition wieder herzustellen und abgestimmt wurde, ergab sich eine Zusätz-

Wichtig von N. Weibler den... für laubere... gesucht, resp... zu kaufen gef... 4. 2. 4811 an... blatt eroeren... Familie... Schillerin in... Stunde Kauf... 4. 2. 4853... Tageblatt erb... gut... Zimmer... fort... 4. 2. 4206... Tageblatt erb... sofort ob. sp. St... unmöbl... mer... geb. an die Ge... 4. 2. 4040... Zimmer... vermieten... er Tageblatt... vier... aber noch gut... behälter pres... 4. 2. 4300... b. St... anzeigen... bote... uche... euche... nierungen... ietgeuche... Erfolg im... geblatt... esuch!... Kaufm... anntschaf... häftsgew... auch ig... Anhang... rw. Ge... at bevor... gte Dis... Ver... Briefe... m. Bild... f Dieg... Hauptpost... tion... l. der... uhe... offe... offe... Juni... mt sein... na.